

**3. Antrag gemäss § 52 der Geschäftsordnung des Grossen Rates von Thomas Böhni vom 30. März 2011 "Konzept für einen Thurgauer Strommix ohne Atom" (08/AN 16/331)**

**Beantwortung**

**Präsident:** Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Ich eröffne die Diskussion. Das Wort hat zuerst der Vertreter des Antragstellers.

**Diskussion**

**Gemperle, CVP/GLP:** Das grösste Problem unserer heutigen Energieversorgung ist die grosse Abhängigkeit von fossilen Energieträgern. Währenddem der weltweite Energiehunger zu fast 80 % aus fossilen Energiequellen gestillt wird, sind wir in der Schweiz immerhin noch zu fast 70 % von fossilen Quellen abhängig. Das ist aus Sicht der weltweiten Klimaerwärmung ein riesiges Problem. Denn inzwischen wissen wir, dass wir langfristig die globale Erwärmung unter zwei Grad halten müssen, damit der Prozess der Erderwärmung nicht völlig aus dem Ruder läuft. Wir können die wissenschaftlichen Ergebnisse nicht ändern, sondern wir müssen unsere Energiepolitik danach ausrichten. Die internationale Energieagentur rechnet nach wie vor mit einem rasanten Anstieg des weltweiten Energiehungers von mehr als einem Drittel innert nur zwei Jahrzehnten. Dieser Anstieg wird ebenfalls fast vollumfänglich durch fossile Energien gedeckt werden. Versiegende Ölquellen, stark anziehende Energiepreise, Abfluss der Milliarden in wenig Vertrauen erweckende Staaten; trübe Aussichten für eine Gesellschaft, die völlig von der Energie abhängig ist. Es ist klar, dass wir alles daran setzen müssen, die fast totale Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu durchbrechen. Dies muss in erster Linie durch Massnahmen im Effizienzbereich geschehen. Im Gebäudebereich liegt der Schlüssel bereit. Minergie-P und Plus-Energiebauten versprechen grosse Einsparungen. Effizientere Fahrzeuge, Beleuchtungen, Maschinen und Geräte sowie Effizienzprogramme bei Prozessabläufen sind nicht nur zur Senkung des CO<sub>2</sub> Ausstosses und damit zur Erreichung der weltweiten Klimaziele unabdingbar. Mit der Umsetzung dieser Massnahmen steigt in der Regel auch die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Es braucht aber auch grosse Anstrengungen im Bereich unserer Mobilität. Auch die Mobilität muss über kurz oder lang auf eine nachhaltige Basis gestellt werden. Das bedeutet effizientere Motoren und Antriebe wie auch die Umstellung auf erneuerbare Technologien. Ein Teil unserer Mobilität wird schon bald elektrisch betrieben. Diese Tatsache führt uns zum zweiten Problem, insbesondere der Thurgauer Energieversorgung: Die grosse Abhängigkeit von Strom aus nicht erneuerbaren Atomkraftwerken (AKW) aus dem In- und Ausland. Die verschiedenen Unfälle mit atomaren Anlagen machen nun scheinbar das möglich,

was schon dringend nötig ist. Am Ausstieg aus der Atomenergie führt kein Weg vorbei, denn allein die Tatsache, dass die Uranvorräte zur Neige gehen, lässt keinen anderen Weg zu. Die CVP/GLP-Fraktion ist erfreut, dass sich nach Bundesrat und Bundesparlament nun auch der Thurgauer Regierungsrat klar und unmissverständlich zu dieser Politik bekennt. Wir können die neuen Herausforderungen nur meistern, wenn wir gemeinsam Konzepte und Strategien erarbeiten und dann auch zügig umsetzen. Unser Kanton hat sich mit der Umsetzung der Energie-Initiative eine ausgezeichnete Ausgangslage geschaffen, um die enormen Herausforderungen im Energiebereich anzugehen. Das Thurgauer Volk hat die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien mit überwältigendem Mehr in der Verfassung verankert. Damit ist ein solides Fundament erstellt, um die gewaltigen Aufgaben anzupacken. Ich möchte an dieser Stelle alle Kräfte warnen, die nicht müde werden, die Probleme im Bereich der Klima- und Energiepolitik gering zu reden. Wir brauchen seriöse Lagebeurteilungen, klare Konzepte und den Mut und die Kraft, um zu handeln. Die CVP/GLP-Fraktion hat die positive Antwort des Regierungsrates zum Antrag Böhni mit Freude zur Kenntnis genommen und teilt diese grösstenteils. Unseres Erachtens ist klar, dass nur die Energiewende als mögliche Strategie in Frage kommt. Aus Gründen der Effizienz wiederhole ich die vom Regierungsrat gemachten und von uns unterstützten Ausführungen nicht, sondern formuliere die unseres Erachtens entscheidenden Forderungen im Bereich "Strom":

1. Es braucht klare politische Signale und unverkennbare Ziele.
2. Energieeffizienz: Die Stromeffizienz hat immer Priorität. Die möglichen Einsparungen beim Stromverbrauch sind in allen Bereichen gross.
3. Erneuerbare Energien: Die Ablösung der AKW innert nützlicher Frist kann nur gelingen, wenn wir alle erneuerbaren Technologien nutzen. Wir brauchen in jedem Fall den ganzen Mix der nachhaltigen erneuerbaren Energien, sei das Wasserkraft, Strom aus Sonnenenergie, Biomasse und tiefe Geothermie.
4. Erneuerung und Ausbau der Netzinfrastruktur: Der Schlüssel zur Energiewende liegt auch beim Ausbau der Stromnetze und bei der Bereitstellung der Speicherkapazitäten. Der Wechsel von einer zentralen Energieversorgung mit Grosskraftwerken zu einer dezentralen Energieversorgung mit Kraftwerken jeder Grössenordnung und einem Energiefluss in beide Richtungen stellt höchste Anforderungen an die Netze sowie an die Speicherkapazitäten. Das Konzept "Stromnetze Thurgau" soll die Stärken und Schwächen unserer Stromnetze aufzeigen, den Weg für eine dezentrale Energieversorgung ebnen und die Grundlage für den Aufbau von intelligenten Netzen schaffen.
5. Finanzierung: Es sind die Voraussetzungen zu schaffen, damit sich Firmen, Privatinvestoren, aber auch Pensionskassen wie beispielsweise die Pensionskasse Thurgau an Energie- und Infrastrukturanlagen beteiligen können und auch wollen.
6. Forschung und Entwicklung: Wissens- und Technologietransfer von Forschung und Entwicklung zu Unternehmen und Anwendern und umgekehrt müssen aktiv unterstützt werden.
7. Sicherheit: Auch wenn klar ist, dass die AKW nach einer Betriebsdauer von 50 Jahren vom Netz genommen werden, darf es keine Abstriche bei der Sicherheit geben. Auch die Sicherheit der Stromversorgung selbst ist von entscheidender

und strategischer Bedeutung. Selbst wenn eine internationale Vernetzung natürlich Sinn macht, müssen Produktion und Netzinfrastruktur in der Schweiz und im Thurgau höchsten Ansprüchen genügen. Um uns Mut zu machen, zitiere ich aus der Studie "Energiezukunft Schweiz" der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH): "Am Beispiel des ehrgeizigen, aber realistischen Szenarios 'Mittel' für die Stromnachfrage ergibt sich eine Zusammensetzung des Stromangebots im Jahr 2050 mit knapp 50 % Wasserkraft, 15 % bis 20 % Photovoltaik, 6 % bis 10 % Biomasse, 0 % bis 10 % Geothermie, 3 % bis 5 % Windkraft sowie 0 % bis 20 % Gaskraftwerken... ." Und weiter: "Der Transformationspfad ergibt von 2010 bis 2050 eine Reduktion der energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen der Schweiz um etwa 65 % und eine Erhöhung des Elektrizitätsanteils an der Gesamtenergie von heute 24 % auf 38 % bis 46 %." Ferner: "Ebenfalls lässt sich zeigen, dass durch den zuerst langsamen und danach sich beschleunigenden Ausbau der neuen erneuerbaren Energien - wenn die Kostendegression voll greift - die Gestehungskosten für Strom im Jahr 2050 gegenüber dem heutigen Mix voraussichtlich um 0 % bis 30 % steigen." Schliesslich heisst es dort: "Die importierte Energiemenge sinkt zwischen 2010 und 2050 um etwa 65 %, was einen wesentlichen Beitrag zur Energie-Versorgungssicherheit des Landes leistet." Ein Konzept für die Thurgauer Stromzukunft ohne AKW ebnet den Weg für die nötigen Abklärungen und Strategientwürfe auf kantonaler Ebene. Bestehende, aktuelle Berichte sind mit einzubeziehen, bei bestimmten Technologien und bei den Netzen sind ergänzende Konzepte noch zu erstellen, sodass eine Gesamtbeurteilung möglich ist und daraus auch die nötigen Schritte eingeleitet werden können. Die einstimmige CVP/GLP-Fraktion dankt Ihnen für die Unterstützung und Überweisung des Antrages Böhni.

**Dr. Wälti**, SP: Kennt jemand das Einöd Tuvalu im Südpazifik, nördlich der Fidschi Inseln? Wohl kaum. Es liegt ja auch nicht gerade um die Ecke. Der Präsident dieses Staates bereitet sich und sein Volk auf eine Migration vor. Der Meeresspiegel steigt und hat die Süsswasserversorgung bereits zerstört. Bald wird auch das Land untergehen und unter dem Meeresspiegel liegen. Das Atoll wird von der Karte verschwinden. Grund dafür ist die Erderwärmung durch die steigende Konzentration von CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre. Es liegt an uns entwickelten Ländern, dies zu verhindern. Eine Möglichkeit liegt auch im Thurgau. Die Konzeptpunkte des Antragstellers sind alle von entscheidender Bedeutung, wenn man die spezielle Situation des Kantons Thurgau mit seinem hohen Anteil an Atomstrom berücksichtigt. Wenn wir aussteigen wollen, macht es nur Sinn, wenn auch der Staatsbetrieb Elektrizitätswerk des Kantons Thurgau (EKT) die politische Legitimation und Rückendeckung von uns bekommt. Es ist daher konsequent und folgerichtig, wenn man sich an die Arbeit macht. Wir wünschen uns dies bitte rasch und ohne Verzug. Unseres Erachtens eilt die Zeit. Wo die Möglichkeiten in einem Konzept liegen, wurde vom Regierungsrat bereits skizziert. Sie liegen in den neuen Erneuerbaren und in der Energieeffizienz. Den Erneuerbaren gehört die Zukunft und so hätte dann auch das

Einöd Tuvalu wieder eine Zukunft. Die SP-Fraktion ist einstimmig für den Antrag Böhni.

**Kappeler, GP:** Die GP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für seine Antwort auf den Antrag. Mit Freude nehmen wir zur Kenntnis, dass er für die zukünftige Stromversorgung einzig die Energiewende, das heisst, die Energieeffizienz und neue erneuerbare Energien als gangbaren Weg betrachtet und sowohl neue AKW wie auch fossile Grosskraftwerke ausschliesst. Ergänzend möchte ich bemerken, dass diese Energiewende nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine grosse Chance für unsere Industrie und unser Gewerbe ist. Wir sind davon überzeugt, dass ein Konzept für einen Strommix ohne Atomstrom ein wertvolles Instrument darstellen wird, ebenso wie es der Bericht "Verstärkte Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz" heute schon ist. Die GP-Fraktion unterstützt selbstverständlich den Antrag Böhni.

**Engel, SVP:** Um eine effiziente Energiedebatte zu führen, macht es Sinn, beim ersten Geschäft, also beim vorliegenden Antrag, eine grundsätzliche Standortbestimmung im Energiebereich vorzunehmen. Der Kanton Thurgau hat in den letzten Jahren durch die Politik breit abgestützt grosse Leistungen bei der Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz erbracht. 2012 werden zusammen mit den Bundesmitteln wieder über 20 Millionen Franken bereit gestellt werden. Dennoch liegt der Anteil der erneuerbaren Energie immer noch in einem sehr tiefen Prozentbereich, der bei weitem nicht einmal den Strommehrverbrauch der letzten Jahre wettmachen kann. Nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima wird auf Bundesebene ein langfristiger Ausstieg aus der Atomenergie angestrebt. Dies bedeutet schweizweit aktuell eine Umlagerung des Kernenergieanteils von 40 %, im Thurgau sogar 75 %, auf andere Energieträger, Energieeffizienz und nicht zuletzt vermehrtes Stromsparen, was aber in den letzten Jahren wirklich nur ein Wunschdenken war. Die grosse Herausforderung braucht auf Bundes- wie auch Kantonebene eine seriöse, realisierbare und nachhaltige Planung eines Ausstiegskonzeptes aus der Kernenergie. Die in den verschiedenen vorliegenden Vorstössen vorgeschlagenen Einzelmassnahmen sind teilweise wenig fundiert bis nicht umsetzbar und für eine weiterhin sichere und bezahlbare Stromversorgung unseres Landes nicht sonderlich dienlich. Es macht darum Sinn, wenn man sich mit diesem wichtigen Thema im Gesamten und entsprechend tiefgründig auseinandersetzt. Der vorliegende Antrag an den Regierungsrat ist dafür der richtige Weg und wird interessante Fakten auch auf Kantonebene aufzeigen. Der Regierungsrat nimmt in seiner Beantwortung schon vorweg, dass ein Ausstieg aus der Nuklearenergie nicht durch fossile Kraftwerke in der Schweiz oder Stromimporte kompensiert werden soll. Dies scheint uns eine sehr ambitiöse Aussage, und es wird sich in den nächsten Jahren zeigen, wie schnell das realisierbar sein kann. Als Alternative bleiben somit vor allem die neuen erneuerbaren Energien und eine vermehrte Energieeffizienz. Da in diesem Bereich noch viele Fragen offen sind, ob und wie die nötige Energiemenge, Kapazität und Leistung flächendeckend erreicht werden kann,

ist die SVP-Fraktion für die Ausarbeitung eines entsprechenden Konzeptes durch den Regierungsrat. Unserer Fraktion sind in diesem Konzept folgende Punkte besonders wichtig: 1. Die Energieversorgung muss flächendeckend weiterhin rund um die Uhr in gleichem Masse sichergestellt sein. 2. Der Strom sollte möglichst aus einer schweizerischen Produktion stammen. Grosse Ausgleichstransfers aus dem Ausland machen uns vermehrt abhängig. 3. Nicht nur die Stromproduktion, sondern auch die Stromnetzkapazität muss flächendeckend sichergestellt sein. Dezentrale Stromproduktionen können erhebliche Netzverstärkungen mit entsprechend hohen Kosten auslösen. Dieser Aufwand muss bis in die untersten Netzebenen transparent ausgewiesen werden. 4. Bei den zu erwartenden hohen Investitionen soll die Wertschöpfung möglichst vor Ort realisiert werden können. 5. Das Ziel jeder Investition muss längerfristig eine marktaugliche Stromproduktion mit realisierbaren Preisen sein. 6. Im Hochlohnland Schweiz dürfen die Energiekosten vor allem für Gewerbe und Industrie nicht ins Unermessliche steigen. Ein zu hoher Strompreis wäre ein klarer Wirtschaftswachstums- und Arbeitsplatzkiller. Eine weitergehende, fundierte und zukunftsorientierte Energiedebatte macht darum erst Sinn, wenn ein Konzept im Gesamten erarbeitet ist und entsprechend vorliegt. Weitere Vorstösse in diesem Bereich bringen wenig und schaffen möglicherweise falsche Ausgangslagen. Wir sollten den Regierungsrat deshalb seinen Auftrag ohne unnötige Zusatzanträge in nützlicher Frist erfüllen lassen. Die SVP-Fraktion ist auf ein taugliches Konzept für einen Thurgauer Strommix ohne Atom gespannt und freut sich auf eine konstruktive und effiziente Energiezukunftplanung. Wir unterstützen den Antrag Böhni.

**Dr. Beerli**, EVP/EDU: Die EVP/EDU-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die sehr positive Antwort auf den Antrag Böhni. Wir stimmen mit seiner Beurteilung völlig überein, dass die ersten drei Ersatzmöglichkeiten neue Nukleartechnologie, fossile Grosskraftwerke und Kompensation durch Importe für den aktuellen Atomstrom keine Optionen sind. Es erübrigt sich, die Begründungen nochmals vorzutragen, welche der Regierungsrat treffend angeführt hat. Es bleibt tatsächlich mittel- und langfristig nur der Weg der Energiewende mit erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Das wissen wir eigentlich schon lange. Der Thurgau hat sich mit dem Energieförderprogramm, dessen schrittweiser Aufstockung und auch mit anderen kantonalen Massnahmen schon auf den Weg gemacht. Fukushima hat uns nochmals zusätzlich aufgeschreckt und die Dramatik und Dringlichkeit vor Augen geführt, wie es niemand gewünscht oder erwartet hätte. Aber auch ohne Fukushima wissen wir, dass uns langfristig nichts anderes übrig bleibt, denn auch die Uranvorräte sind mindestens so endlich und limitiert wie die Erdölvorräte. Wir danken Thomas Böhni, dass er das Anliegen eines Konzeptes für einen Strommix ohne Atom aufgenommen hat. Es bildet die konsequente Weiterführung des kantonalen Energieförderprogrammes. Ich verzichte auf einen Katalog von Forderungspunkten, welche in diesem Konzept enthalten sein sollen. Die EVP/EDU-Fraktion unterstützt den Antrag Böhni ungeteilt.

**Wehrle, FDP:** Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag Böhni. Eines ist klar: Nach dem Erdbeben beziehungsweise dem Tsunami und dem daraus resultierenden Kernenergieunfall in Fukushima ist nichts mehr wie es war. Auch die Sicherheit unserer Schweizer AKW wird von breiten Teilen der Bevölkerung, der Politik und auch von Fachleuten in einem anderen Licht gesehen. Jedermann kann sich jetzt die Folgen des Restrisikos vorstellen, auch bei uns. Die unwiderruflichen Folgen eines solchen Unfalls bis hin zum Stilllegen von Teilen unseres Landes kann und will sich niemand wirklich vorstellen und schon gar nicht akzeptieren. Bei allem Leid in Japan und bei allen ernsthaften Bedenken hierzulande können wir nicht einfach den Hebel von Atom- auf Alternativenergie umlegen. Deshalb hatte die FDP Mühe mit dem Atomausstieg. Unseres Erachtens ist das ein überhasteter Beschluss, welcher von vielen Bundespolitikerinnen und -politikern aus dem Bauch heraus entschieden wurde. Ideale, Populismus oder Angst obsiegt, bevor die neuen Erkenntnisse vorlagen, eine nüchterne Analyse erfolgte und man sich über sachliche und terminliche Realisierung von Alternativen Rechenschaft gab. Doch der Wille zum Ausstieg aus der Kernenergie ist da. Demokratisch stellt sich auch die FDP-Fraktion hinter dieses Ziel. Aber dazu verlangen wir zwingend, dass jetzt dieser gewaltige Schritt in der Umsetzung gut überlegt und in verschiedenster Hinsicht breit abgestützt wird, denn das Projekt "Energiewende" ist ein ganz grosser Brocken. Ein Projekt, das unseres Erachtens über Generationen hinweg andauern, von der Politik und der Wirtschaft einschneidende Massnahmen verlangen und letztlich auch schmerzende Einschränkungen bei unseren Bürgerinnen und Bürgern verursachen wird. Die FDP-Fraktion stellt sich hinter eine Neuausrichtung der Energiepolitik, hinter das Anpacken eines Ausstiegs aus der Atomenergie, aber nicht blind, nicht mit einem utopischen Zeitplan und auch nicht mit "faulen" Kompromissen. Wir teilen die Auffassung des Bundesrates und des Regierungsrates hinsichtlich der Ausschöpfung der maximalen sicherheitstechnisch möglichen Betriebsdauer der bestehenden Kernkraftwerke sowie die Ansicht, dass gerade jetzt die Forschung mit neuen Technologien vorangetrieben werden muss und zwar auf allen Sparten und in alle Richtungen. Nun holt uns auch im Thurgau das ein, was kluge Köpfe schon lange gefordert haben: Nüchterne, sachliche Überlegungen, das Aufzeigen von anderen technischen Möglichkeiten, realisierbare Alternativen, die Beachtung der finanziellen und zeitlichen Möglichkeiten sowie die Einflüsse auf internationale Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft und auf den Wohlstand unserer Gesellschaft. Die FDP-Fraktion erachtet es als richtig, dass mit einem Konzept, heruntergebrochen auf den Thurgau, die Machbarkeit eines kantonalen Strommixes ohne Atom ausgelotet werden soll. Die Antwort des Regierungsrates auf den Antrag Böhni erachten wir vorerst als ausreichend, um das Ziel zu erkennen. Uns ist wichtig, dass das Konzept, abgestimmt auf die Energiepolitik des Bundes, so realistisch wie möglich erstellt wird, sodass jedermann in etwa ein bis zwei Jahren mit einer guten Verlässlichkeit weiss, in welche Richtung in Zukunft die Energieweichen in unserem Kanton gestellt werden. Dazu erscheinen uns die von Thomas Böhni aufgezeigten inhaltlichen Punkte zweckmässig, aber nicht umfas-

send genug. Darum ist es uns wichtig, noch einige Bemerkungen anzubringen: 1. Eine Versorgungssicherheit und ein marktverträglicher Strompreis sind für das wirtschaftliche Überleben unserer Klein- und mittleren Unternehmungen zwingend. Wenn der Strompreis steigt, und davon ist auszugehen, darf das kein Tabu mehr sein. Er muss aber mit unseren Nachbarn abgestimmt sein. Gerade im Thurgau, in der Randregion zu Deutschland und Österreich, müssen wir auch mit den Folgekosten der Energiewende international konkurrenzfähig bleiben. 2. Strom sparen ist für die FDP-Fraktion zwingend und vordringlich anzugehen. Dazu möchten wir dem Regierungsrat nahelegen, bei der Ausarbeitung des Konzeptes durchaus auch Gesetzesänderungen ins Auge zu fassen, beispielsweise hinsichtlich Verbraucherkontrolle, Temperaturlimiten, "Decoupling", Strompreissplitting zwischen Grundbedarf und Luxus, Zulassung besserer Gebäudeausnutzungen und vieles mehr. 3. Beim Umsetzen der Energiewende sollte im Kanton auch eine grössere Eigenständigkeit der Stromproduktion erreicht werden als bisher. Das wird aber für den Thurgau alleine nicht möglich sein, darum gilt es, gleichzeitig auch global zu denken und zu handeln. So ist beispielsweise auf Bundesebene ernsthaft zu klären, ob es tatsächlich möglich ist, Windenergie aus der Nordsee und Sonnenenergie aus der Wüste via sichere und verlustarme Transportleitungen in die Schweiz zu bringen und ob unser Land im Gegenzug bereit ist, mit neuen Speicherseen als Strombatterie für andere Länder zu dienen. In der Folge wären auf nationaler und internationaler Ebene Synergien und Zusammenschlüsse zu suchen. Anders gesagt: Die FDP-Fraktion ist einerseits für Eigenständigkeit im Thurgau und in der Schweiz und andererseits auch für mehr Offenheit, Neues, heute scheinbar noch Unmögliches sowie Kooperationen mit verlässlichen Partnern in Europa und weltweit. 4. Die FDP-Fraktion würde es sehr bedauern, wenn man mit "faulen" Kompromissen wie beispielsweise der Umstellung auf fossile Grosskraftwerke oder auf eine Verlagerung auf Import-, Atom- oder Kohlestrom aus dem Ausland die vorhersehbaren Engpässe überbrücken würde. Auch auf "Albizertifikate" wollen wir ebenso verzichten wie auf Naturstrom, den wir letztlich nur anderen wegnehmen, beispielsweise den "Wasserkantonen". 5. In der Anfangsphase des grossen Projektes "Energiewende" sollte man keinen Aspekt ausklammern und niemals "nie" sagen, bevor man einigermaßen einen Überblick hat. Wir sind sehr gespannt, was das Konzept an Ideen, neuen Innovationen und Möglichkeiten der Energieeffizienzsteigerung, an Potential kleiner eigenständiger Produktionsanlagen und Vielem mehr wohl bringen wird. Die FDP-Fraktion steht für eine Energiewende ein, aber nicht blind und nicht von Träumen geleitet, sondern mit Köpfchen und mit Taten. Betrachten wir das grosse Projekt auch als grosse Chance. Packen wir es an, auch mit Mut zu Neuem und einer positiven Einstellung.

**Giuliani**, SP: Die Beantwortung des Regierungsrates freut mich und stimmt mich optimistisch. Die Sicherstellung der zukünftigen Stromversorgung ist von zentraler Bedeutung. Weder neue Nukleartechnologien noch fossile Grosskraftwerke können eine Alter-

native sein. Die gleiche Problematik stellt sich wohl oder übel auch im Ausland. Importe, welche nicht nur der Spitzenbrechung dienen, können ebenfalls nicht der gangbare Weg sein. Das Zauberwort "Energiewende" ist und muss die Lösung sein. Erneuerbare Energien einerseits und sparen andererseits ist angesagt. Und dies wohl angesichts unseres stetig wachsenden Energieverbrauchs mit neuen Technologien, welche uns das Sparen erleichtern oder uns sogar dazu zwingen. Schon eine Energiesteuer zulasten der Einkommenssteuer könnte Vieles bewirken. Diese Steuer müsste selbstverständlich auch sämtlichen Importen belastet werden. Es gibt genug Gründe, um ein Konzept für einen Thurgauer Strommix ohne Atom zu erstellen. Schauen wir es einmal von einer anderen Seite an. Ich schaue ins Jahr 1945 zurück. Der zweite Weltkrieg ging endlich zu Ende. In unserem Nachbarland Deutschland wurden 4 Millionen Wohnungen zerstört und 34'000 Kilometer Eisenbahnlinien waren unbrauchbar. Bereits 1950 waren die meisten Wohnungen sowie auch das Eisenbahnnetz wieder erstellt. Ein ganzes Land, damals sechs Mal grösser als die Schweiz, wurde von "Trümmerfrauen" ohne technologische Hilfen, wie wir sie heute kennen, wieder aufgebaut. Und das alles in nur fünf Jahren. Wir tun uns mit einem Umstieg von Atomstrom zur zukünftigen Stromversorgung mit erneuerbaren Energien schwer. Wir müssen vorerst nur den Regierungsrat beauftragen, ein Konzept zu erarbeiten. Der Antrag Böhni ist für die SP-Fraktion erheblich zu erklären.

Regierungsrat **Dr. Schläpfer**: Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme der Antwort des Regierungsrates. Ich danke Ihnen auch für die interessanten Voten mit einer Vielzahl von Anregungen und Forderungen. Ich darf feststellen, dass dem Antrag des Regierungsrates zugestimmt wird. Der Regierungsrat hat mit dem Auftrag, das Konzept auszuarbeiten, eine wichtige und sehr umfangreiche Arbeit zu übernehmen. Die Problematik der Energieversorgung rechtfertigt es, dass ich einige grundsätzliche Überlegungen anbringe. Die Stromversorgung war bisher eine der grossen Stärken der Schweiz. Es wird im Inland etwa gleich viel Strom produziert wie verbraucht. Mit dem internationalen Stromhandel wird sehr viel Wertschöpfung erzielt. Dank der Produktion mit Wasser- und Kernkraft entsteht bei der Stromproduktion nur ganz wenig CO<sub>2</sub> und die Stromversorgung ist kostengünstig und äusserst zuverlässig. 40 % des in der Schweiz hergestellten und verbrauchten Stromvolumens stützt sich auf die bei der Atomspaltung entstehenden heissen Temperaturen, also auf Kernkraft. Diese Art der Stromproduktion war in der Schweiz trotz ihrer äusserst grossen Zuverlässigkeit allerdings immer umstritten. Einerseits wegen der Folgen eines wenn auch extrem unwahrscheinlichen Kernkraftunfalls, andererseits wegen der Abfallproblematik. Nach dem Unfall in Fukushima ist in der Schweiz ein breiter politischer Konsens entstanden, dass die fünf schweizerischen Kernkraftwerke, welche zwischen 1969 und 1984 in Betrieb genommen wurden, einerseits nicht sofort abgestellt werden sollen, dass aber andererseits in unserem Land keine neuen Kernkraftwerke mehr erstellt werden sollen, jedenfalls nicht mehr mit herkömmlicher Uran-Technologie. Bundesrat und Parlament haben im Sommer und im Herbst letz-

ten Jahres mit ganz grossen Mehrheiten beschlossen, die überwiegende Anzahl von Kantonen, Verbänden und Organisationen haben sich angeschlossen, dass keine neuen Kernkraftwerke mehr erstellt, aber die bisherigen Kraftwerke auch nicht sofort abgestellt werden sollen. Diese Haltung kann sich auf überzeugende Argumente stützen. Einerseits weisen die bestehenden Kernkraftwerke in der Schweiz einen hohen Grad an Sicherheit auf. Die Kernkraftgesellschaften haben ständig in Neuerungen und Verbesserungen investiert. Beispielsweise in die beiden Kernkraftwerke in Beznau hat die Axpo annähernd eine Milliarde Franken in die Nachrüstung investiert. Ein sofortiges oder vorzeitiges Abstellen liesse sich nicht rechtfertigen und wäre energiepolitisch nicht zu verkraften. Andererseits besteht Konsens darüber, dass ein neues Kernkraftwerk (KKW) in der Schweiz nicht mehr gebaut werden kann, im Wesentlichen aus sechs Gründen:

1. Die Bewilligungsverfahren für ein neues Kernkraftwerk sind mehrstufig und dauern bei uns so lange, dass man mit der Inbetriebnahme eines neuen Kernkraftwerkes zu spät käme, selbst wenn man jetzt das Rahmenbewilligungsverfahren wieder aufnehmen würde.
2. Das wirtschaftliche und finanzielle Risiko ist für den Ersteller nicht tragbar, denn er müsste ständig damit rechnen, dass neue Vorschriften oder ein politisches Nein die Fertigstellung verunmöglichen könnten. Weder die Axpo noch sonst ein grosses Unternehmen kann sich ein derartiges betriebswirtschaftliches Risiko leisten.
3. Die Erstellung eines neuen KKW würde die Schweiz in zwei Lager spalten, und es wäre mit jahrzehntelangen Streitereien, Besetzungen, Demonstrationen und generellem Unfrieden zu rechnen.
4. Trotz aller Sicherheitsvorkehrungen und trotz aller Beteuerungen kann das Restrisiko eines Unfalls nicht vollständig ausgeschlossen werden.
5. Das Entsorgungsproblem bleibt bestehen. Das Hinterlassen gefährlicher Abfälle für Jahrtausende ist und bleibt problematisch.
6. Die echten Ängste weiter Kreise der Bevölkerung vor der Atomtechnologie sind erst zu nehmen, ob sie begründet sind oder nicht. Berücksichtigt man diese Punkte, wird klar, dass die künftige Stromversorgung in der dicht besiedelten Schweiz langfristig ohne schweizerischen Atomstrom auskommen muss. Währenddem zur Frage des Atomausstiegs grundsätzlich eine weitgehende Übereinstimmung festzustellen ist, scheiden sich die Geister, wie der ausfallende Strom einzusparen oder zu ersetzen ist. Am einfachsten wäre es natürlich, einfach nichts zu tun und nach dem Abstellen der Kernkraftwerke den ausfallenden Strom aus dem Ausland zu importieren, auch wenn es Kohlestrom aus Tschechien oder Atomstrom aus Frankreich ist. Dies wäre aber eine schlechte Lösung. Sie muss von jeder Politikerin, jedem Politiker und von jedem verantwortungsvoll denkenden Menschen aus ökologischen Gründen und wegen der mangelnden Versorgungssicherheit abgelehnt werden. Die Sicherheit der Schweiz würde in einem empfindlichen Bereich eingeschränkt und gefährdet, die CO<sub>2</sub>-Folgen wären nicht akzeptabel. Ich habe mich gefreut, dass in verschiedenen Voten auf die CO<sub>2</sub>-Problematik hingewiesen wurde. Diese Problematik ist das Hauptproblem, welches global betrachtet besteht und nicht die Kernenergie. Die zweitschlechteste Lösung wäre, den ausfallenden Kernkraftstrom einfach durch grosse Gaskombikraftwerke, welche irgendwo in der

Schweiz oder im nahen Ausland aufzustellen wären, zu ersetzen. Damit wäre unsere CO<sub>2</sub>-Politik ebenfalls "im Eimer". Wir finanzieren ein teures Förderprogramm, damit aus dem Thurgau weniger CO<sub>2</sub> emittiert wird. Gleichzeitig sollen bei der Stromproduktion Unmengen von CO<sub>2</sub> produziert werden. Das geht nicht. Auch unsere Versorgungssicherheit wäre gefährdet, weil das benötigte Gas nur etwa sechs Stunden gespeichert werden kann. Das heisst, wenn alle Gaszufuhrleitungen in die Schweiz abgestellt werden, geht die Stromproduktion aus den Gaskombiwerken sechs Stunden später zu Ende. Bisher gibt es aber keine Alternative zur herkömmlichen Kernkrafttechnologie auf Uranbasis. Ob und wann eine neue Technologie jemals marktreif wird, welche Akzeptanz sie finden könnte und wie das Entsorgungsproblem zu bewältigen wäre, ist noch völlig offen. Wir können uns deshalb nicht darauf verlassen, dass bald eine neue Kernkrafttechnologie zur Verfügung steht. Damit bleiben letztlich nur die Hoffnung, die Erwartung und die Forderung, dass der ausfallende Strom entweder eingespart oder mit erneuerbaren Energien ersetzt werden kann. Wenn man davon ausgeht, dass noch zwanzig, vielleicht sogar dreissig Jahre Zeit zur Verfügung steht, bis uns der Atomstrom ausgeht, scheint es nicht einfach von vornherein unmöglich zu sein, die Stromversorgung auf erneuerbare Energien umzustellen. Es wird dazu gewaltiger Anstrengungen bedürfen. Diese werden alle Lebensbereiche berühren. Darüber dürfen wir uns keine Illusionen machen. Ich habe das aus verschiedenen Voten auch herausgehört. Es wird eine schwierige Aufgabe sein, die Stromversorgung langfristig ohne Kernkraft sicherzustellen. Ich rufe Sie aber auf, nicht nur einseitig die Risiken, sondern auch die Chancen zu sehen. Die Umstellung unserer Stromversorgung wird einen Innovationsschub auslösen. Sie kann Tausende von neuen Arbeitsplätzen begründen. Sie kann die Konkurrenzfähigkeit einiger unserer Firmen allenfalls gefährden, sie kann aber auch die Konkurrenzfähigkeit vieler Firmen in der Schweiz in vielen Bereichen erhöhen usw. Die Grösse der auf uns zukommenden Aufgabe, welche mit dem langfristigen Ausstieg aus der Atomenergie verbunden ist, rechtfertigt es, ein Konzept für die künftige Stromversorgung des Kantons bei entfallen des Kernkraftstromes zu erstellen. Dementsprechend kann der Antrag Böhni gutgeheissen werden. In aller Deutlichkeit möchte ich aber darauf hinweisen, dass die künftige Stromversorgung stark vom Bundesrecht und von der Bundespolitik beeinflusst werden wird, und dies in viel grösserem Umfang als es bisher der Fall war. So wird bundesrechtlich entschieden werden, welche Kernkraftwerke wie lange in Betrieb gehalten werden können und wann sie abgeschaltet werden müssen. Ebenso wird bundesrechtlich entschieden werden, ob, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen die fossile Stromproduktion zugelassen werden soll, insbesondere in welchem Umfang Gaskombikraftwerke erlaubt sein werden sowie ob und wie diese die Tonnagen von CO<sub>2</sub> kompensieren müssen. Der Bund arbeitet mit Hochdruck an seiner "Energierstrategie 2050". Gemäss dem vorliegenden Zeitplan will der Bundesrat im Juni 2012 seine Vorschläge veröffentlichen und der Vernehmlassung unterbreiten. Die Botschaft des Bundesrates zur "Energierstrategie 2050" ist auf Februar 2013 terminiert. Die Beratungen in der Bun-

desversammlung, eingeschlossen die Beschlussfassung, dürfte im Laufe des Jahres 2013 erfolgen. Allfällige Volksabstimmungen als Folge von Verfassungsänderungen oder von Referenden dürften im Jahr 2014 stattfinden. Da das kantonale Konzept mit der Bundespolitik sinnvollerweise koordiniert wird, wird es eine grosse Herausforderung werden, das kantonale Konzept innert der zweijährigen Frist gemäss Geschäftsordnung des Grossen Rates zu erarbeiten. Selbstverständlich werden wir nicht einfach die Hände in den Schooss legen und auf den Bund warten, sondern prüfen, welche Aussagen und Inhalte unabhängig von der Bundespolitik und damit schon vor deren Festlegung vorgenommen werden können. Das Konzept hat die im Antrag Böhni erwähnten Punkte zu erfassen, ist aber nicht auf diese beschränkt. Insbesondere können im Rahmen des Konzeptes auch die Anträge, Vorschläge und Ideen geprüft und behandelt werden, welche beispielsweise in den noch zu behandelnden Motionen gestellt und angeregt werden. Die Erstellung des beantragten Konzeptes wird eine wichtige Aufgabe sein. Ich freue mich, diese anzupacken.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

### **Beschlussfassung**

Der Antrag Böhni wird mit 101:0 Stimmen erhebtlich erklärt.

**Präsident:** Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung des verlangten Konzeptes zuhanden des Grossen Rates.